

**Grant Hendrik Tonne (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir legen Ihnen heute eine dringend notwendige Änderung der Geschäftsordnung vor, damit die Kommission für Migration und Teilhabe ihre Arbeit aufnehmen kann - das ist für uns das Wesentliche; so können Einschätzungen auch auseinanderfallen - und damit sie eine moderne und der gesellschaftlichen Entwicklung angepasste Arbeitsgrundlage hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Teilhabe und Partizipation für alle sind die Grundlagen, auf denen die Kommission arbeiten soll. Niedersachsen ist ganz unstrittig ein Einwanderungsland. Daher wollen wir die Trennung in „wir“ und „ihr“ aufheben. Zugehörigkeit kann nur in einem wechselseitigen Prozess stattfinden: durch eine Öffnung der aufnehmenden Gesellschaft und durch einen Integrationswillen der Zuwanderer. Dieses Grundverständnis soll sich auch in der neuen Kommission für Migration und Teilhabe widerspiegeln. Dafür ist es z. B. auch wichtig, dass wir vermeintliche Kleinigkeiten wie den Titel und den mit falschen Annahmen verbundenen Begriff der Integration durch „Migration und Teilhabe“ ersetzen. Damit ist die Ausrichtung der Kommission eine komplett andere als noch unter der Vorgängerregierung. Diese Kehrtwende ist in unseren Augen dringend nötig. Wir werden sie daher auch vollziehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Rahmen der Zusammensetzung der Kommission war und ist es für uns wichtig, dass die Betroffenen umfänglich die Möglichkeit haben, zu Wort zu kommen. Dazu gehören dann die landesweit tätigen Verbände der Migrantenarbeit, die Freie Wohlfahrtspflege, kommunale Integrationsbeauftragte, Wissenschaft und Forschung, damit diese als Experten in eigener Sache zu Wort kommen, die Landespolitik beraten und Empfehlungen geben können. Zu Recht sollen auch die Sinti und Roma ausdrücklich einen Vertreter bzw. eine Vertreterin benennen. Damit werden wir ihrem Stellenwert gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ganz bewusst können Empfehlungen nun mit einfacher Mehrheit gefasst werden. Das, was eigentlich so selbstverständlich klingt, war es bisher nicht. Es mussten einstimmige Beschlüsse gefasst werden. Damit haben auch CDU und FDP in der Vergangenheit Sperrminoritä-

ten genutzt, um unliebsame Kritik aus der Kommission an der eigenen Politik zu unterbinden. Wir haben das nicht nötig und haben auch keine Angst davor. Deswegen lassen wir einfache Mehrheiten in dieser Kommission zu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir setzen auf den Dialog. Wir nehmen die Stimmen der Betroffenen durch diese Änderung ernst. So sieht dann auch

eine wirklich demokratische Beschlussfassung aus. Damit setzen wir eine strukturelle Veränderung um, wozu die Vorgängerregierung zehn Jahre lang weder willens noch in der Lage war.

In diesem Zusammenhang gratulieren wir ganz herzlich unserer Kollegin Doris Schröder-Köpf zu ihrem neuen Amt als Beauftragte für Migration und Teilhabe.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist einer von etlichen Schritten - die zugesagt sind und die auch richtig und gut sind - in Richtung einer neuen Willkommenskultur für zugewanderte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir freuen uns darüber.

(Norbert Böhlke [CDU]: Wir mussten auch lange genug darauf warten, Herr Kollegel - Gegenrufe von der SPD: Zehn Jahre!)

- Wer zehn Jahre regiert hat, kann doch nicht nach zwei Monaten einen solchen Zwischenruf machen, Herr Kollegel! Wir können zig Beispiele aufführen, wo Sie wesentlich schneller hätten sein können, aber nicht konnten und nicht wollten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verankerung der Migrationsbeauftragten in der Staatskanzlei, die Vernetzung von Härtefallkommission, Integrationsbeirat, Kommission und Kabinettsitzungen durch die neue Landesbeauftragte - das alles macht deutlich, dass Rot-Grün Teilhabe und Partizipation nicht nur als Querschnittsaufgabe für alle Landesressorts ansieht, sondern auch entsprechend handelt. Das ist nämlich der Unterschied dabei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Querschnittspolitik gerade für Sie von der CDU offensichtlich etwas Neues ist, hat man in den letzten Tagen an Ihren Reaktionen sehr deutlich gemerkt.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich habe mir einmal die gestrigen Pressemitteilungen von FDP und CDU angeschaut.

(Christian Grascha [FDP]: Hoffentlich auch gelesen!)

Da kann man feststellen: Unberührt von Sachkenntnis wird erst einmal wild alles Mögliche kriti-

siert. Fakten werden nicht einmal ansatzweise zur Kenntnis genommen.

Deswegen sage ich in Anspielung auf das, was gestern veröffentlicht worden ist: Das Chaos in der Integrationspolitik, sehr geehrte Frau Eilers, haben wir der Vorgängerregierung zu verdanken. Wir sind es, die die dringend notwendige Ordnung gerade wiederherstellen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir legen auch sehr viel Wert darauf, dass die Kommission ihre Sitzungen öffentlich durchführt. Das ist eine völlige Umkehrung des bisherigen Selbstverständnisses. Für die Vorgängerregierung war die gesamte Integrationskommission eigentlich ein Hindernis. Man hat sie zu einem Unterrichtsgremium verkommen lassen. Die Beteiligung stand zwar auf dem Papier, wurde aber nie ernsthaft praktiziert. Logischerweise sollte also auch die Arbeit im Verborgenen stattfinden, ohne ernst zu nehmende Mitwirkungsrechte.

Wir hingegen wollen einen transparenten Ablauf. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich frühzeitig über den Stand der Diskussionen und die Positionen der Fraktionen informieren können. Die Migrationspolitik muss aus der hintersten Ecke eines Sitzungszimmers heraus und mitten hinein in die Gesellschaft - wo sie auch hingehört.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Insgesamt ist festzustellen: Wir begrüßen die kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt in unserem Land. Wir wollen sie fördern und auch weiterentwickeln. Und glauben Sie mir: Akzeptierte Vielfalt geht weit über gelegentliches Spaghettio oder Döneressen hinaus.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sind bereit, für unser Selbstverständnis quer durch die Landespolitik zu kämpfen. Rot-Grün hält ein, was wir versprochen haben. Dieser Vorschlag ist ein guter Schritt in Richtung eines weltoffenen Niedersachsens.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die SPD-Fraktion hat die Möglichkeit, auf diese Kurzintervention zu antworten. Der Kollege Tonne macht davon Gebrauch. Bitte schön!

**Grant Hendrik Tonne (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Nacke, die Bedenken, die Sie formuliert haben, gehen darauf zurück, dass wir in diesem Haus ein unterschiedliches Verständnis von der Bedeutung der Kommission haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das habe ich in meinem Redebeitrag auch dargestellt. Wir interpretieren die Bedeutung der Kommission offensichtlich anders als Sie.

Zweitens. Wenn das Thema „Migration und Teilhabe“ diskutiert wird, gehört selbstverständlich auch die strukturelle Veränderung in der weiteren Arbeit der Landesregierung dazu. Deswegen gehört die neue Landesbeauftragte natürlich mit in eine solche Diskussion hinein. Sie haben es heute Morgen ja sogar geschafft, im Rahmen der Aktuellen Stunde zu Herrn Pistorius etwas zu Frau Schröder-Köpf zu sagen. Das fand ich deutlich gewagter, als das in diese Diskussion einzubetten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Drittens. Wir können an jeder Stelle, an der es sich anbietet, miteinander über Detailfragen diskutieren. Das machen wir gerne, gar keine Frage. Aber eines muss ich auch feststellen: Dass es Sie wirklich überrascht, dass wir das, was wir versprochen haben, umsetzen wollen, wirft schon ein bezeichnendes Licht auf Sie.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)